



Nr. 11, September 2007

## Editorial

### Die Grundeinkommensidee in den Mühlen der Realpolitik

Von Günter Sölken

Man kann wohl nicht oft genug daran erinnern, wie frisch die Grundeinkommensdiskussion in Deutschland noch ist. Dass sie jetzt bereits eine wichtige Rolle in der Programmdiskussion der Parteien spielt, haben wohl die wenigsten erwartet. Insbesondere bei Bündnis90/Grüne und der LINKEN geht es dabei nicht mehr nur darum, *ob* ein Grundeinkommen eingeführt werden soll, sondern gleichzeitig auch darum, *wie ein damit einhergehender Umbau der sozialen Sicherung ausgestaltet werden könnte*. Das ist einerseits erfreulich, weil dadurch eine Realisierung eines Grundeinkommens tatsächlich näher rückt. Andererseits sind sicherlich manche erschrocken, was mit einer visionären Forderung passieren kann, wenn sie erst einmal von Parteien für sich vereinnahmt wird. In den Sog der Realpolitik geraten, kann es dabei urplötzlich - wie vor allem die Diskussion bei den Grünen zeigt<sup>1</sup> - vorrangig um Fragen der kurzfristigen Finanzierbarkeit und realpolitischen Machbarkeit gehen, hinter denen die Ursprungsforderung einer anderen Gesellschaft mit Grundeinkommen, der große gesellschaftliche Gegenentwurf, nur noch schwer erkennbar ist.

#### **Inhalt:**

• Editorial	1
• Vorstellung Regionaler Grundeinkommens-Initiativen	4
• Konferenzen: 2007 Basel, 2008 Berlin	4
• Grundeinkommen Global	5
• Pilotprojekt Namibia	5
• Rolf Künnemann, „Grundnahrungseinkommen: Ein universelles Menschenrecht?“	5
• Die Diskussion bei den Grünen: drei konkurrierende Modelle und ein Interview mit Manuel Emmler	5
• Nicht weniger kontrovers: Die Debatte in der Partei DIE LINKE	6
• Disput: Günter Sölken und Robert Ulmer zum Recht auf Faulheit	6
• Dies und das	7
• Literaturtips	7
• Termine	8
• Leserforum	8
• Impressum	8

Wie ist es zu bewerten, wenn bei den Grünen ernsthaft über eine Mischung aus einem Teilgrundeinkommen, das nur den Hartz IV-Regelsatz ersetzen soll, und einem bedürftigkeitsgeprüften Wohnkostenzuschuss diskutiert wird? Und dieses Teilgrundeinkommen in einer "ersten Stufe" gerade einmal

<sup>1</sup> siehe hierzu das Interview mit Manuel Emmler in dieser Ausgabe

420 € für Erwachsene und 300 € für Kinder hoch sein soll – also Beträge, die wahrlich nicht weit vom Regelsatz von 345 € die Bezieher des ALG II entfernt sind? Was bleibt von der großen Vision, so könnte man ebenso fragen, wenn Götz Werner anfangs 1.000 bzw. sogar 1.500 € Grundeinkommen forderte und er jetzt das Modells des Thüringischen Ministerpräsidenten Althaus, das eher zu einer Verschlechterung der materiellen Situation von ALGII-Beziehern führen würde<sup>2</sup>, als Einstiegsvariante in die Realisierung seiner Forderung bewertet?

Man kann eben auch nicht oft genug daran erinnern, dass wir die Grundeinkommensforderung bei der Gründung des Netzwerks im Juli 2004 „als grundlegende Alternative“ zu der durch die Agenda 2010 und vor allem durch Hartz IV gekennzeichneten Politik der Druckausübung auf die Menschen, nicht nur der Arbeitslosen, bezeichnet haben. Bei aller Einsicht in eine Politik der kleinen Schritte: Ist eine „grundlegende Alternative“, der immer wieder geforderte Paradigmenwechsel zu einer Welt mit Grundeinkommen, glaubhaft mit Grundeinkommensbeträgen, die knapp über oder sogar unter den ALGII-Regelsätzen liegen, zu erreichen? Vor allem bleibt damit nicht eines der vier Kernkriterien auf der Strecke, nämlich die Ermöglichung einer über die Existenzsicherung hinausgehenden (!) Sicherung einer „basalen gesellschaftlichen Teilhabe“?

Während den Grünen GrundeinkommensbefürworterInnen zu Gute gehalten werden kann, dass sie die Vision des Grundeinkommens realpolitisch umsetzen wollen, sie sich aber vielleicht zu sehr im "Sog der Realpolitik" verstricken, sind inzwischen mit dem Etikett „Grundeinkommen“ versehene konservative bzw. neoliberale Konzepte auf dem Markt, die mit den sozialfortschrittlichen und emanzipatorischen Ideen der Netzwerksgründer rein gar nichts gemeinsam haben. Konzepte, die durchaus nachvollziehbare Befürchtungen geweckt haben, die Grundeinkommensforderung könnte zum Vehikel eines weitaus grundlegenden Sozialabbaus als dem gegenwärtigen werden, dem letztlich sowohl die Sozialversicherungssysteme und der Kündigungsschutz zum Opfer fallen könnten. Verschärfend kommt hinzu, dass ein Teil der Medien den Unterschied zwischen „linken“ und „rechten“ Konzepten nicht wahrnimmt und beide trotz ihrer Gegensätzlichkeit in einen Topf wirft. Im Interesse einer breiten Akzeptanz der Grundeinkommensforderung in der Bevölkerung wird sich das Netzwerk auf seiner Mitgliederversammlung in Hannover auch darüber verständigen müssen, wie die Auseinandersetzung mit und eine glaubhafte Abgrenzung von diesen Sozialabbaukonzepten erfolgen soll.

Nun mag man sowohl den neoliberalen „Etikettenschwindel“ als auch den „Sog der Realpolitik“ noch so bejammern. Helfen wird nur, beide Erscheinungen als gegeben zu akzeptieren und vor allem sie als die Herausforderungen auf dem Weg zur Durchsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens anzunehmen - und das sich hieraus ergebend Notwendige zu tun. Das Notwendige ist in dem einen Fall die Abgrenzung von falschen Konzepten und die ebenso notwendige offensive Auseinandersetzung mit den dahinter stehenden Autoren, bzw. Politikern. In dem anderen Fall wird das Notwendige

---

<sup>2</sup> Herbert Wilkens „Eignet sich das Althaus-Konzept als Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen?“, in Newsletter Nr. 10

sein, dass wir uns selbst noch stärker als dies heute schon geschieht um konkrete Vorschläge einer (schrittweisen) Umsetzung unserer Forderungen unter realpolitischen Bedingungen bemühen. Das dürfen wir nicht den politischen Parteien überlassen: Die gut gemeinte "bedarfsorientierte Grundsicherung" und das Ergebnis: Hartz IV sind mahnendes Beispiel. Das bedeutet, noch stärker in den Dschungel der gesamten Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung einzudringen, sich auch in die Behandlung von Detailproblemen einzubringen, z.B. zu Themen wie Gesundheitssicherung oder Zukunft der Rente. Würden wir dies den Parteien allein überlassen, dann hätten wir wahrscheinlich noch in zwei Jahren Anlass, über eine Verunstaltung unserer Forderung im Sog der Realpolitik zu klagen. Anlass ja, aber wir hätten es uns selbst zuzuschreiben.

In zwei Jahren ist die nächste Bundestagswahl, und spätestens nächsten Sommer werden sich die Parteien, wie jetzt bereits die Grünen, zum Thema Zukunft der sozialen Sicherung in Position bringen, auch SPD und CDU/CSU. Die Themen werden Generationengerechtigkeit, Lohnnebenkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit, Rente, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit insgesamt sein. Und sollte es nach der Wahl nicht zu einer Neuauflage der sich selbst blockierenden Großen Koalition kommen, ist absehbar, dass es dann zu gravierenden "Reformen" kommen wird. Sowohl bei einem möglichen „linken“ oder „rechten“ Radikal-Umbau der sozialen Sicherung nach der Bundestagswahl könnten dann bereits Grundeinkommenskonzepte oder Elemente davon eine wichtige Rolle spielen – je nach Ausgang der Wahl eben neoliberale oder sozialfortschrittliche, wie sie von uns vertreten werden.

Vor dem Hintergrund dieses Szenarios wird es in den Wahlkampfjahren 2008/2009 nicht mehr ausreichen, allein eine Gerechtigkeitsdiskussion zu führen oder immer wieder neu die wunderschöne neue Welt mit Grundeinkommen zu beschreiben. Jetzt wird es darum gehen aufzuzeigen, wie und welche konkreten Lösungsbeiträge ein bedingungsloses Grundeinkommen der Wahlkampfagenda leisten kann. Dann ist es jetzt an der Zeit, die Zusammenarbeit mit Politikern und Kandidaten, die unsere Forderung unterstützen, weiter auszubauen. Und uns auf ihre Themen und oft unbequemen und häufig etwas weniger visionären realpolitischen Gedankengänge einzulassen. Lasst uns eine realpolitische Offensive starten mit problem- und lösungsorientierten Fachbeiträgen, mit themenspezifischen Veranstaltungen unserer regionalen Initiativen und Diskussionsforen mit Bewerbern um die Mandate im nächsten Bundestag. Zum Beispiel mit Themen wie „Grundeinkommen und Rente“, „Grundeinkommen und Gesundheitssicherung“ oder „Grundeinkommen und Beschäftigung“. Nur so werden wir die Parteien (und die nächste Bundesregierung) davon überzeugen können, dass ein sozialfortschrittliches, bedingungsloses Grundeinkommen das bessere Konzept für den anstehenden Umbau des Systems der sozialen Sicherheit ist.

## Vorstellung regionaler Grundeinkommens-Initiativen

Bei der Mitgliederversammlung im Dezember 2006 war die Gründung Regionaler Grundeinkommensinitiativen einer der wichtigsten Punkte. Heute stellen sich in diesem Newsletter gleich vier solcher Initiativen, darunter einige Neugründungen, die bereits über eine Websites verfügen, vor. Lesen Sie per Klick auf die Namen die Berichte der Grundeinkommensinitiativen [Köln](#), [Dresden](#), [Hamburg](#) und [Freiburg](#).

Wir hoffen, dass die Beispiele Mut machen und bald weitere Gründungen folgen. In der nächsten Ausgabe hoffen wir Ihnen u. a. möglichst weitere Initiativen aus Bonn, Berlin, Ulm vorzustellen. Und natürlich wäre es schön, wenn wir bald etwa auch aus Frankfurt, Düsseldorf, München oder Deutschlands größter Gemeinde, dem Ruhrgebiet, berichten könnten.

## Konferenzen

Der zweite deutschsprachige vom 5.-7. Oktober rückt näher. Anmeldungen sind nach wie vor möglich. Auf der Website zum Kongress finden Sie auch Informationen zur Bildung von Fahrgemeinschaften und Tipps für günstige Übernachtungsmöglichkeiten.

Bitte hier anmelden:



GRUNDEINKOMMENS-KONGRESS  
5. BIS 7. OKTOBER 2007 IN BASEL

...Und schon wirft der dritte deutschsprachige Kongress seine Schatten voraus. Nach Wien und Basel wird er vom **19. bis 21. September 2008 in Berlin** stattfinden. Mit dem Kongressmotto **„Mit Grundeinkommen eine bessere Welt gestalten“** (Arbeitstitel) wird erneut die globale Bedeutung der Grundeinkommensforderung unterstrichen. Das Programm wird also nicht nur, aber auch Bedeutung für die beginnende heiße Wahlkampfphase in Deutschland haben. Das unter den Veranstaltern bisher ausverhandelte Eckpunkteprogramm umfasst ein breites Themenspektrum. Vorgesehen sind mehrere Podiumsdiskussionen und insgesamt 26 Workshops.

Die nächsten Schritte: Der aus Vertretern der sechs Veranstalter bestehende Vorbereitungskreis wird sich wieder am 7. Oktober in Basel zusammensetzen und einen „Feinschliff“ vornehmen. Dabei wird es um die genaue Festlegung der Podien- und Workshopthemen, die Benennung von Referenten und Moderatoren sowie das Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit sowie eine website zum Kongress gehen.

Vorschläge, Anregungen und Referatsangebote können sowohl an [kontakt@grundeinkommen.de](mailto:kontakt@grundeinkommen.de) als auch an die Newsletterredaktion [redaktion@grundeinkommen.de](mailto:redaktion@grundeinkommen.de) gesandt werden.

## Grundeinkommen Global

Nein, nicht nur in Deutschland ist das bedingungslose Grundeinkommen in der Diskussion. Und es ist nicht nur ein Konzept für entwickelte Gesellschaften. Mit dabei sind sogar die Vereinten Nationen. Im Rahmen der Entwicklungshilfe wird das Konzept in Zusammenhang mit der erstmaligen Einführung sozialer Sicherungssysteme in diesen Ländern geprüft. Dabei hat das Grundeinkommenskonzept gegenüber Sozialversicherungssystemen, wie wir sie in Deutschland kennen, den Vorteil, dass es eben nicht über den Faktor Arbeit finanziert wird und der bürokratische Aufwand, wie er mit dem Aufbau einer Sozialversicherungsverwaltung verbunden wäre, nahezu vollständig entbehrlich wäre. Über eines darf man sich allerdings nicht täuschen: die Diskussion wird in diesen Ländern unter einer ganz anderen Prämisse geführt als hier bei uns. Während es bei uns um die Realisierung emanzipatorischer Ziele geht, steht in den armen Ländern ganz klar eine wirksame Hungerbekämpfung im Vordergrund.

Eine sehr gute Nachricht kam vor wenigen Tagen aus **Namibia**: Dort soll ab Januar 2008 in einer besonders von sozialem Elend geplagten Region 100 km östlich von Windhoek ein auf zunächst zwei Jahre befristetes Pilotprojekt mit einem Grundeinkommen von 100 N\$ durchgeführt werden. Lesen Sie [hier](#) den Bericht der Allgemeinen Zeitung Namibia „Grundeinkommen für die Scatter-Gruppe“.

Wie ein Grundeinkommen im Rahmen der Hungerhilfe funktioniert und wie es finanziert werden kann behandelt Rolf Künnemann in seinem Newsletter-Beitrag [„Grundnahrungseinkommen: Ein universelles Menschenrecht?“](#). Er zeigt auf, wie mit einem Minimal-Grundeinkommen ein auch unter schwierigen Bedingungen wirksames System für die Mindestsicherung eingeführt werden kann. In einer Modellrechnung weist er nach, dass die Kosten für eine Mitfinanzierung durch die Industrieländer mäßig wären. Wenn die reichen Länder ein solches Grundeinkommen zur Ergänzung der derzeitigen Entwicklungshilfe mitfinanzieren würden, wäre das Entwicklungshilfeziel von 0,7% des Sozialprodukts dadurch längst noch nicht erreicht. Sollten aber die reichen Länder diese Mithilfe weiterhin verweigern, blieben vor allem in Afrika Hunger und Unterernährung in massiver Größenordnung bestehen.

## Grundeinkommen National – Die Debatte bei den Grünen


Befreit von der Regierungsverantwortung ist bei den Grünen eine besonders heftige und zugleich engagierte Grundeinkommensdebatte entstanden, die sich bereits über Monate erstreckt und auf eine Beschlussfassung auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Herbst abzielt. Dabei stehen sich nicht nur zwei Lager, BefürworterInnen und –gegnerInnen eines Grundeinkommens gegenüber: um der Partei einen Beschluss pro Grundeinkommen leichter zu machen, haben die Befürworter gleich zwei Modelle, die jeweils als Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen zu verstehen sind, entwickelt. Aber auch die Gegner des Grundeinkommens, besser: die Befürworter der Grünen Grundsicherung, waren nicht untätig. Inhaltlich und finanziell unterscheidet



sich ihr Konzept für den Grünen Parteitag ganz wesentlich von allem, was die Grünen in der Regierungsverantwortung beschlossen hatten. Lesen Sie [hier](#) aus der Feder von Manuel Emmler, Thomas Poreski und Wolfgang Strengmann-Kuhn eine Gegenüberstellung der Grünen Grundsicherung mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Grundeinkommen und dem Vorschlag eines Modulare Grundeinkommens. Erläuterungen zur innerparteilichen Diskussion und Befindlichkeit bei den Grünen vor dem Parteitag finden Sie im Newsletter-Interview mit Manuel Emmler, einem der Mitautoren des Grünen Grundeinkommensvorschlags. Zum Interview mit Manuel Emmler geht´s [hier](#).

## Nicht weniger kontrovers: Die Grundeinkommensdiskussion in der LINKEN

Der neu formierten Partei DIE LINKE wird man nun wahrlich keine Verantwortung für die Agenda 2010 oder gar Hartz IV anlasten können. Also, so könnte man meinen, könnte es ihr doch eigentlich leicht fallen, sich unbelastet und frei für das moderne Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens zu entscheiden und damit bei den Wählern zu punkten. Könnte man meinen, aber: weit gefehlt. Auch hier gibt es, wie bei den Grünen, zwei Lager: eines, das bereits ein ausgefeiltes Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen vorgelegt hat, und ein anderes, das die Fahne der Arbeit hochhält und ein bedingungsloses Grundeinkommen vehement ablehnt. Lesen Sie [hier](#) den Beitrag von Nele Hirsch und anderen: „11 schlechte Gründe für ein Grundeinkommen“ und [hier](#) die Erwiderung der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen „Die eigentliche Frage lautet: Welchen Sozialismus wollen wir? 11 schlechte Argumente gegen 11 gute Gründe für das BGE“

Besonders interessant zu werden scheint die öffentliche Tagung der BAG-Grundeinkommen „Ökonomie und Grundeinkommen“ am 22. September in Kassel zu werden. Referenten sind u.a. Halina Bendkowski, Ronald Blaschke, Ralf Welter (KAB) und Robert Zion (Grüne). Zum Programm geht´s über den Logo-Button 

## Disput: Gibt es ein Recht auf Faulheit?

In der Berliner Grundeinkommensinitiative wurde heftig darüber gestritten und anschließend im Netz weiter diskutiert: Gibt es ein Recht auf Faulheit? Günter Sölken fand die Debatte so spannend, dass er einen Beitrag, zunächst für die Diskussion im Netz, dann auch für den Newsletter geschrieben hat: „Vom Recht auf Müßiggang statt des Menschenrechts auf Faulheit.“ Sein Fazit: So intellektuell reizvoll auch heute die Auseinandersetzung mit dem auf Paul Lafargue zurückgehenden Begriff „Recht auf Faulheit“ auch sein mag, in der aktuellen Diskussion weckt der Begriff Faulheit falsche Assoziationen. Und sie verdeckt, so seine These, dass es bei der Grundeinkommensgesellschaft nicht um ein Leben in der Hängematte gehe, sondern um eine „Tätigkeitsgesellschaft neuen Typs“. Wenn Sie neugierig geworden sind, dann lesen Sie [hier](#) den Beitrag von G. Sölken.

Robert Ulmer, der die Diskussion in der Berliner Debatte angeregt hatte, ist mit einigen Punkten dieses Beitrags ganz und gar nicht einverstanden. Seine Gegenthese: Wer das Recht auf Faulheit in Frage stellt, kratzt zugleich an der Bedingungslosigkeit. Lesen Sie [hier](#) Robert Ulmers Erwiderung: „Bedingungslos Ja“.

## Dies und das:

- Götz Werner für ein Grundeinkommen gegen Kinderarmut. Zur [Presseerklärung](#).
- „Stiftung für Zukunftsfragen“ des Tabak-Konzerns BAT plädiert für ein „Minimex“ genannten Minimales Existenzgeld in Höhe von 580 € monatlich. Zu der von Prof. Opaschowski in Hamburg vorgestellten Studie, die auf einer Meinungsumfrage beruht, geht´s [hier](#).
- Und dazu gleich [hier](#) ein kritischer Kommentar von Sascha Liebermann.

## Literaturtips / Rezensionen

- **Robert Zion**, „Die Gespenster der Vergangenheit“, ein ausgesprochen intelligent geschriebener Beitrag, der sich kritisch mit den linken Kritikern des bedingungslosen Grundeinkommens auseinandersetzt. Zum [Download](#).
- **Wolfgang Strengmann-Kuhn**, „Mindesteinkommen für jeden. Wie ein Grundeinkommen in die bestehenden Sicherungssysteme eingebaut werden kann.“ Prädikat: Besonders lesenswert. Auf wenig mehr als sechs Seiten legt der Autor in verblüffend plausibler Weise nach, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens voraussichtlich weniger kosten würde, als ein entsprechender Ausbau der vorhandenen sozialen Grundsicherung. Darüber hinaus beschreibt er in überzeugender Weise, wie ein Grundeinkommen schrittweise, durch Anpassungsmaßnahme der bestehenden Sozialversicherungssysteme sowie in der Steuerpolitik umgesetzt werden kann. Der Politik sollte das Mut machen, sich auf die Idee des Grundeinkommens einzulassen. *Aus Urheberrechtsgründen können wir diesen Artikel nicht verlinken. Hier jedoch die Bezugsquelle „Zeitschrift für Arbeit und Soziales, ISSN: 0490-1630, Umfang: 40 Seiten, Preis Einzelheft: 9,00 € und hier der [Link](#) zum Verlag.*
- **Andreas Exner, Werner Rätz, Birgit Zenker (Hrsg)**: Grundeinkommen: Soziale Sicherheit ohne Arbeit. **Sehr empfehlenswert. Besser kann, wer das Grundeinkommen weiterdenken will, 21,50 €, die das 284 Seiten starke Buch kostet, kaum investieren. [Hier](#) link zur einer sehr aussagekräftigen Besprechung.**

## Termine

Eine Übersicht über aktuelle Veranstaltungen zum Grundeinkommen finden Sie auf der Homepage des Netzwerks oder hier.

<http://www.grundeinkommen.info/index.php?id=64>

## Leserforum

Der Newsletter will einen Beitrag zur Diskussion leisten. Eine Diskussion kann jedoch nur entstehen, wenn Sie sich beteiligen. Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu Beiträgen in diesem Newsletter. (Wir drucken sie - unter dem üblichen redaktionellen Vorbehalt möglicher Kürzungen und der letztendlich von der Redaktion zu treffenden Entscheidung – ab).

Die Beiträge können Sie dann zukünftig über den neuen Menüpunkt "Leserforum" auf unserer website [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de) auf Ihrem Bildschirm holen.

## Impressum

Herausgeber:

SprecherInnenkreis des Netzwerks Grundeinkommen

Redaktion: Tobias Baur, Günter Sölken, Wolfgang Wagner, Herbert Wilkens

VisP: Günter Sölken, Leinestraße 14, 12049 Berlin, Tel.: 030/36466922, 0177/6279604, mail: [guenter.soelken@gmx.de](mailto:guenter.soelken@gmx.de)

Der Newsletter des Netzwerks Grundeinkommen erscheint etwa alle zwei bis drei Monate und wird als e-mail an die Abonnenten und die Mitglieder des Netzwerks versandt.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder. Beiträge und Themenvorschläge sind an die Redaktion: [redaktion@grundeinkommen.de](mailto:redaktion@grundeinkommen.de) zu richten.